Für Preisstopp und Gebührenbremse

Aktiv gegen Belastungen und Teuerung

Seite 2-3 und 17





Schutzschirm für Graz





ZITIERT

"Vorteile hat der Luftkrieg gegen Libyen auch gebracht: Die Kampfflugzeuge Dassault Rafale sowie Eurofighter konnten die Kriegstauglichkeit unter Beweis stellen."

Kurt Gärtner (Wels) in der Kronen Zeitung.



"Wir steuern auf eine Revolution zu – und zwar nicht nur in den USA, sondern weltweit" Schlagerstar Paul Anka (Diana) laut profil 44/2011

Nur weil der Kommunismus untergegangen ist, ist ja die soziale Gerechtigkeit nicht auferstanden. Im Gegenteil, die Ungerechtigkeit nimmt zu, die Armut ebenfalls und immer weniger Menschen fühlen sich heute für den anderen verantwortlich." Peter Turrini. Kleine Zeitung, 13.11. 2011

GUTES GESCHÄFT

Die "Rettungspakete" sind ein gutes Geschäft für die Banken, die jetzt risikofrei Profite machen können. Sie senken den Lebensstandard der Bevölkerung in allen EU-Staaten. Hunderte Millionen an Steuergeldern werden von der Allgemeinheit zum Finanzkapital umgeschichtet. Die Zahl der Armen steigt in den reichsten Ländern auf Rekordwerte.

Dabei werden schon wieder Milliarden für Spitzenbanker ausgezahlt, die Millionäre werden immer reicher. Auch ein neues EU-Hauptquartier ist in Planung: Kostenpunkt 240 Millionen Euro.

Dafür will man eine eigene EU-Steuer einführen. 99 Prozent der Bevölkerung müssen bluten, damit 1 Prozent weiter in Saus und Braus lebt.

"SCHULDENBREMSE" IST ABRISSBIRNE FÜR

10 Jahre Blut und

10 weitere Jahre Sozialabbau und Belastungspakete. Das versprechen die EU-Granden Merkel und Sarkozy den Menschen in Europa. Weil das den Leuten nicht gefällt, wird die Demokratie abgebaut. Protest ist notwendig.

ie Medienmaschinen in der EU haben den Hebel umgelegt. Von Aufschwung ist keine Rede mehr. Stattdessen wird ganz schwarz gemalt. Die Meinungsmacher sagen: Wenn nicht hunderte Milliarden Euro an Steuergeldern für die Banken und den Euro locker gemacht werden, droht der Untergang des Abendlandes. Deshalb sind Sozialabbau, Belastungspakete auf allen Ebenen, Lohnkürzungen und Verschlechterungen bei den Pensionen ganz einfach notwendig. Die deutsche Bundeskanzlerin Angelas Merkel sagt schon, dass die Krise 10 Jahre lang dauern wird. Und auch in Österreich hat sich die Tonart der Aussagen zur Euro-Krise geändert. Von Bundeskanzler Faymann und Finanzministerin Fekter abwärts werden die Menschen auf schwere Zeiten eingestimmt. Die "Schuldenbremse" soll als Abrissbirne für den Sozialstaat dienen.

Dabei nimmt man es mit der Demokratie nicht mehr so genau. Die "Finanzmärkte" bestimmen, was die Regierungen beschließen sollen und wer politisch am Ruder bleibt. Weil das – angesichts der Massenproteste in den EU-Mitgliedsstaaten



Die ältere-Generation wird in der EU besonders benachteiligt. Die Belastungspakete entwerten die Pensionen.

 nicht so leicht durchsetzbar ist, greift man zu Notstandsmaßnahmen. Wir haben eine Diktatur der Finanzmärkte.

Beispiel Griechenland

Weil die Herrschenden eine Gefahr für ihre Profite gesehen haben, wird die Regierung eines Mitgliedstaates ausgehebelt und durch eine noch willfährigere

KRISE UND KRIEG

Lund NATO haben mitten in der Krise Geld für Kriege. Der Luftkrieg gegen Libyen war nicht gratis. Jetzt soll es vielleicht gegen Syrien und den Iran gehen. Dabei werden Milliarden verpulvert, Menschen sterben, damit die Profite bleiben.

ersetzt. Und zwar durch ein von niemandem gewähltes und in keinem einzigen EU-Vertrag vorgesehenes Gremium, durch die "Frankfurter Runde". Diese ist nach der Gruppe benannt, die sich im Vorfeld des jüngsten EU-Gipfels in Frankfurt getroffen hat, und besteht aus Merkel, Sarkozy, Barroso, van Rompuy, Juncker und der Chefin des IWF, Lagarde.

Auch Italien wurde unter Kuratel gestellt.

Das Diktat der "Frankfurter Runde" ist aber kein Zeichen der Stärke, sondern ein Ausdruck der Krise. Anscheinend hat man entschieden, dass jetzt nur mehr ein straff organisiertes Kerneuropa in der Lage ist, den Abbau des Sozialsystems in





Der Euro ist nicht unser Geld. Früher war Geld noch bunt bedrucktes Papier. Heute existiert es großteils nur noch virtuell in den Computern der Mächtigen.

www.kpoe-graz.at

DEN SOZIALSTAAT

Tränen

allen Mitgliedsstaaten der EU durchzuziehen. Auf Mehrheitsmeinungen der Bevölkerung wird keine Rücksicht mehr genommen. Jetzt entsteht ein Europa des Rückschritts und der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede. Ein Europa, das immer unsozialer und militaristischer wird, geleitet durch ein Direktorium von Großmächten, das die kleineren Mitgliedsstaaten zu reinen Kolonien macht.

Der deutsche Philosoph und Gesellschaftswissenschaftler Jürgen Habermas charakterisiert die Lage treffend: "Die Hauptdarsteller auf der Bühne der EUund Euro-Krise, die seit 2008 an den Drähten der Finanzindustrie zappeln, plustern sich empört gegen einen Mitspieler auf, der es wagt, den Schleier über dem

VOR 80 JAHREN

In der großen Krise des 20. Jahrhunderts hatten die Regierungen in Deutschland und Österreich folgendes Rezept: Rettung der Banken durch Lohnsenkung und Sozialabbau. Das machte erst Hitler und den Weltkrieg möglich. Jetzt schaut es so aus, als hätten die Spitzen der EU nichts aus der Geschichte gelernt.

Marionettencharakter ihrer Muskelspiele zu lüften."

Volksabstimmungen sind aber gerade über Lebensfragen der Bevölkerung legitim und notwendig. Deshalb verlangen wir in Österreich ja Volksabstimmungen über alle EU-Verträge.



2,7 PROZENT PENSIONSERHÖHUNG 6,7 PROZENT TEUERUNG

Die amtliche Inflationsrate in Österreich beträgt 3,4 Prozent (nach 3,6 % im September). Die EU gibt für Österreich 3,8 Prozent an. Der wöchentliche Warenkorb ist aber um 6,7 Prozent teurer geworden.

Die Pensionen werden nur um 2,7 % angehoben. Und das, nachdem die Pensionen schon seit Jahren unter der Inflationsrate steigen, somit immer weniger Wert sind. Das stellte die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr bei Veröffentlichung der amtlichen Inflationszahlen fest.

Besonders besorgniserregend ist der Anstieg bei den Kosten für die: Haushaltsenergie (insgesamt +7,2%, Heizöl +21%, Gas +13%). Auch die Mieten haben sich um 4 % verteuert. Kahr: "Es darf nicht sein, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Kosten der Krise durch Inflation, Belastungen und Sozialabbau tragen muss."

Deshalb tritt die KPÖ für die Wiedereinführung der amtlichen Preisregelung für Grundnahrungsmittel und Energie ein. Darüber hinaus fordert sie einen Teuerungsausgleich. Besonders wichtig ist eine "Gebührenbremse". Kahr: Wir lehnen Verteuerungen bei Tarifen und Gebühren entschieden ab.

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Ein Schutzschirm für Graz

Liebe Grazerinnen und Grazer!



Es sind nicht die Banken, die einen Schutzschirm brauchen. Die Milliardäre können einen Millionenverlust nämlich verkraften. Es ist die Mehrheit der Bevölkerung – auch in Graz –, die einen solchen Schutzschirm brauchen würde.

Wir dürfen nicht zuschauen, wie auf der einen Seite immer mehr Menschen immer ärmer werden und sich auf der anderen Seite eine winzige Gruppe immer mehr bereichert.

In Graz versucht die KPÖ, den Menschen zu helfen und so einen Schutzschirm für all jene aufzuspannen, die wirklich Hilfe brauchen: vom Mieternotruf bis zum Kautionsfonds und Hilfe in besonderen Notlagen.

Allein können wir in den schweren Zeiten, in denen wir jetzt sind, diese Probleme aber nicht lösen. Wir müssen gemeinsam dafür eintreten, dass es für die Menschen, die es ohnehin nicht leicht haben, wieder die Hoffnung auf ein besseres Leben gibt.

Ihre Stadträtin Elke Kahr Elke Kahr Tel. 872 20 60 stadtraetin.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Die EU mit ihrem Rettungsschirm ist wie der Clown im Zirkus. Er rennt herum und spannt Schirme auf. Der eine Schirm klemmt, der andere hat ein großes Loch. Im Zirkus lachen die Leute.

AUS DEM INHALT

30 Jahre Mietrechtsgesetz - KPÖ fordert Verbesserungen

Elke Kahr für Senkung der Wohnungseinstiegskosten



Vor 30 Jahren, am 12. November 1981, wurde im Nationalrat das Mietrechtsgesetz (MRG) beschlossen. Durch unzählige Novellen wurden seither nicht nur die Rechte der Mieterinnen und Mieter sukzessive ausgehöhlt, das MRG ist selbst für Juristen kaum noch lesbar und verständlich.

Insbesondere die Einführung des Richtwertmietzinses mit seinem völlig undurchschaubaren Zu- und Abschlagssystem ermöglicht es Vermietern, nahezu ieden Mietzins zu verlangen. Darüber hinaus wird der Anwendungsbereich des Gesetzes immer mehr eingeschränkt. Sonderregelungen für Dachbodenausbauten führen außerdem dazu, dass es in ein und demselben Haus verschiedene Mietzinsregelungen geben kann.

Stadträtin Elke Kahr: "30 Jahre Mietrechtsgesetz sollten Anlass für längst überfällige Vereinfachungen und Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter sein."

Die KPÖ fordert:

- 1) Die Abschaffung des Richtwertsystems und die Wiedereinführung der niedrigeren Kategoriemietzinse
- 2) Die Ausdehnung des Anwendungsbereiches des MRG auf alle Mietwohnungen
- 3) Möglichkeit von Befristungen nur in Ausnahmefällen
- 4) Klare Regelungen der Erhaltungspflichten zugunsten der Mieterinnen und Mieter.
- 5) Mieterfreundliche Regelungen bei den Betriebskosten.

▼lke Kahr: "Eine Wohnung ist ∡keine Ware wie ein Fernse-

Sollten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, Fragen zum Thema Wohnen in Graz haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus, 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2060) oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 /872-5450).

her oder ein Kaffeeautomat, hier geht es um das sprichwörtliche Dach über dem Kopf der Menschen. Daher haben Profitdenken von Vermietern und Maklern gegenüber den Interessen von Mietern zurückzutreten."

Wohnungseinstiegskosten

Außerdem setzt sich die KPÖ dafür ein, dass die Wohnungseinstiegskosten, die für immer mehr Menschen ein unüberbrückbares Hindernis darstellen, effektiv reduziert werden:

- + Makler sollen Provisionen ausschließlich vom Vermieter verlangen.
- + Die Vergebührung von Mietverträgen ersatzlos streichen!

Kautionsbeitrag

Betreffend Kautionen wurde Stadträtin Kahr initiativ: Seit 1. Juni dieses Jahres gibt es beim Grazer Wohnungsamt den Kautionsbeitrag:

Wohnungswerber mit nied-

rigem Einkommen und Anspruch auf eine Gemeindewohnung bekommen vom Amt für Wohnungsangelegenheiten eine Zuzahlung zur Kaution in der Höhe von einer Monatsmiete (max. 500,-), wenn sie auf dem privaten Markt eine Wohnung finden.

Zuhause in

Stadträtin Elke Kahr (KPÖ) ehrt Gemeindemieterin mit ältestem Mietvertrag

Nach dem ältesten Mietver-trag für eine Gemeindewohnung suchte die städtische Mieterzeitung in ihrer letzten Ausgabe. Dieser wurde von Frau Erna Hurm aus der Stevrergasse eingesendet. Als Gewinn übernimmt Stadträtin Elke Kahr eine Monatsmiete.

Im März 1954 siedelte Familie Hurm mit drei Kindern zu Fuß und mit Schubkarren von Wetzelsdorf in die Steyrergasse. Eine Drei-Zimmer-Küche-Wohnung war auch damals keine Selbstverständlichkeit. Freilich musste Familie Hurm selbst für den Badeinbau sorgen.

Heute leben drei Generationen der Familie in der gemütlichen, schön eingerichteten Wohnung. Was sich in all den Jahren verändert hat? "Früher gab es nicht nur ein Milchgeschäft und einen Fleischhauer in der Straße, sondern auch mehr Spielmöglichkeiten für die Kinder", erinnert sich Erna Hurm.

Mieter-Notruf Tel. 717108

Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten. Mit KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Seit 1996 gibt es den Mieternotruf der KPÖ. Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen sowie die Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen, wir beraten bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir helfen, wenn es Probleme bei der Kautionsrückzahlung, aber auch bei anderen Fragen rund ums Thema Wohnen.

> **Neu: Auch Montag – Donnerstag bis 22.00 Uhr.** an Wochenenden von 10.00 - 20.00 Uhr.

Achtung Kaution!

Obwohl es keinen Zwang zur Einhebung einer Mietkaution gibt, werden von Vermietern immer wieder hohe Kautionsbeträge eingefordert.

Die Aufbringung der Wohnungskaution stellt für immer mehr Grazerinnen und Grazer ein unüberwindbares Hindernis dar. Doch auch die Rückerstattung der Kaution bei Mietvertragsende entpuppt sich oft als mühsam und schwierig.

Birgit K. bekam zwei Wochen nach Auszug von der Vermieterin nur einen Teil der von ihr hinterlegten Kaution zurück mit der Begründung, sie hätte die Wohnung nicht ordentlich ausgemalt. Nicht nur, dass aufgrund der neuen Rechtssprechung des OGH Birgit K. überhaupt keine Verpflichtung zum Ausmalen der Wohnung traf, die Vermieterin stellte auch noch eine "Gebühr für Endreinigung" in Rechnung.

Seit April 2009 entscheidet

die städtische Schlichtungsstelle im Wohnungsamt bei strittigen Fragen rund um die Herausgabe von Teilen der Kaution. Mieter/innen müssen daher nicht mehr einen teuren Prozess riskieren, ein Umstand, mit dem viele Vermieter/innen durchaus spekulierten.

Schon der Hinweis, einen Antrag bei der Schlichtungsstelle einbringen zu wollen, veranlasste die Vermieterin, die volle Kaution an Birgit K. herauszugeben.

Tipps, um Schwierigkeiten bei der Kautionsrückgabe zu vermeiden:

Erstellen Sie bei Bezug der Wohnung ein Übergabeprotokoll, indem Sie alle Mängel sorgfältig auflisten und gegebenenfalls auch Fotos davon machen. Vereinbaren Sie bei Beendigung des Mietverhältnisses den Übergabetermin der Wohnung so, dass Sie danach noch Zeit haben, allfällige Mängel selbst zu beheben. Wenn Sie die Wohnung ordnungsgemäß zurückgegeben haben, darf der Vermieter keinerlei Kosten für "Endreinigungen", Kosten für die Wohnungsübergabe selbst oder andere Skurrilitäten verlangen.

Für Fragen – nicht nur bezüglich Kautionen – steht Ihnen das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus, ZiNr. 235, Tel. 0316 / 872-2060), sowie die städtische Wohnungsinformationsstelle, (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5451) zur Verfügung.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband Sparbersbachgasse 61 Tel. 0316 / 38 48 30 www.mieterschutzverband.at

HR MIETERSCHUTZVEREIN



Heizkostenzuschüsse

Personen mit geringem Einkommen können bis 16.12. bei der Stadt und beim Land um einen Heizkostenzuschuss ansuchen. Leider gibt es noch immer keinen Sozialpass der Stadt, um die Prozedur zu erleichtern.

Heizkostenzuschuss des Landes:

Wieviel? 120,-€ bei Ölheizungen 100,- € bei allen anderen Heizungen

Wo? Servicestellen der Stadt Graz (Bezirksämter) sowie Service-Center Schmiedgasse

Wann? bis 16.12. 2011

Wer? Personen mit einem Einkommen von höchstens:

926,-€ bei Alleinstehenden

1.388,-€ bei Paaren

926,- € plus Erhöhungsbeitrag von 143,- € pro Kind, für das Familienbeihilfe bezogen wird, bei Alleinerzieherinnen.

Der Heizkostenzuschuss des Landes wird **nur** Personen gewährt, die keinen Anspruch auf Wohnbeihilfe haben.

Infos: Sozial-Servicestelle des Landes: Tel.: 0800/201 010

Brennstoffaktion der Stadt Graz:

Wer bekommt wieviel? Mindestpensionisten (bzw. Pensionisten mit Ausgleichszulage) bekommen 65,- €,

Sozialhilfe- und Mindestsicherungs-Empfänger bekommen 116,-€

Wann und wo? bis spätestens 16. 12. 2011, jeweils zwischen 8 und 12 Uhr, im Servicecenter oder bei den Servicestellen (vormals Bezirksämter)

Wie? Die Auszahlung erfolgt entweder in Form von Gutscheinen, die bei Brennstoffhandlungen od. Tankstellen einzulösen sind, oder als Zuzahlung direkt auf das Kundenkonto bei Strom-, Gasoder Fernwärmeheizung.

Infos: Sozialamt der Stadt Graz, Franz Ferstl, Telefon: 0316/872-6310



SCHLUSS MIT SCHIKANEN IM SOZIALWESEN!

Sozialpass: Taten statt Versprechen!

Die Idee eines Sozial- oder Aktivpasses gibt es schon seit vielen Jahren: Der Sozialpass soll den Zugang zu Leistungen wie Gebührenbefreiungen, Heiz- und Wohnkostenzuschüsse erleichtern. Damit nicht wieder und wieder Nachweise und Formulare ausgefüllt werden müssen.

Darüber hinaus soll der Grazer Sozialpass Menschen mit niedrigem Einkommen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen: Ermäßigungen oder Nulltarif bei öffentlichen Verkehrsmitteln, Bädern, Oper und Schauspielhaus und vieles mehr könnten mit dem Ausweis genutzt werden.

Leider wurden seitens der zuständigen Stellen nur falsche Versprechungen gemacht und dann gemauert und verhindert. Kein Wunder – alles getan, um die massivsten Kürzungen im Sozialbereich seit Jahrzehnten durchzupeitschen. Die KPÖ hat nun eine neuerliche Initiative gesetzt, um das Projekt Grazer

Sozialpass wieder in Schwung zu bringen:

KPÖ Gemeinderätin Ina Bergmann stellte im September erneut ein Konzept für den Sozialpass vor. Noch im Herbst sollen die möglichen Leistungen eines Sozialpasses konkret ausverhandelt werden. Am 20. Oktober gab der Gemeinderat dem diesbezüglichen Vorstoß von Bergmann seine Zustimmung: Es wurde ein eigener Ausschuss gegründet, der sich ausschließlich mit der Thematik befassen soll. Bergmann: "Wir hoffen, dass damit der Grundstein für die zügige Umsetzung dieser langjährigen Forderung der Grazer KPÖ gelegt ist und das parteitaktische Manö-



vrieren nun endlich ein Ende hat."

Der Sozialpass (Aktiv-Card), in dem alle bestehenden Ansprüche wie z.B. Heizkostenzuschuss, Schulstartgeld und dgl. aufgelistet wären, würde den Bürgern den Weg zu ihnen zustehenden Leistungen der Stadt vereinfachen. Somit würde der Sozialpass auch den Bediensteten im Magistrat das Leben erleichtern. Außerdem soll es Ermäßigungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und bei öffentlichen Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen geben.

DIE LUFT ÜBER GRAZ Jayaser-Ingrisoner

Der trockene November hat Graz den Smog gebracht. Das Atmen fällt vielen Menschen schwer, weil Maßnahmen gegen den Feinstaub zu spät oder gar nicht kommen.

IN KÜRZE

Hundstrümmerl schaden (auch) den Bauern

ntgegen einer weit verbrei-Lteten Auffassung stören Hundstrümmerl nicht nur auf Gehsteigen, sondern auch auf anderen Flächen, z. B. auf landwirtschaftlich genutzten Wiesen. "Kühe fressen mit Hundsexkrementen verschmutztes Futter nicht. Es eignet sich nicht einmal für die Silage", gibt Gemeinderätin Gerti Schloffer zu bedenken. Daher unser Aufruf an alle Herrln und Frauerln: "Wer mit seinem gelieben Vierbeiner äußerln geht, sollte daran denken, das Ergebnis des erfolgreichen "Geschäftes" selbst dann zu entsorgen, wenn das Hunderl es im hohen Gras zurücklässt."

Landesregierung streicht Kinderzuschuss

er Kinderzuschuss in der Höhe von 145,35 Euro im Monat wird derzeit nach Geburt eines Kindes ein Jahr lang ausbezahlt, wenn das Pro-Kopf-Einkommen einer Familie unter 793,40 Euro liegt. Ab Februar 2012 sollen keine Neuanträge mehr möglich sein, weil Landesrätin Grossmann meint, der Kinderzuschuss sei durch die Einführung der Mindestsicherung nicht mehr nötig. Tatsächlich müssen Familien, die Mindestsicherung beziehen, mit weit weniger Geld auskommen als früher. Lebensunterhalt und Wohnkosten wurden gekürzt, die Sonderzahlungen gestrichen. Doch gerade Familien mit Kleinkindern müssen viele Anschaffungen tätigen, die aus der Mindestsicherung nicht finanzierbar sind.

Die KPÖ kämpft gegen die steigende soziale Ungerechtigkeit. Sie wird sich im Landtag für eine Beibehaltung des Kinderzuschusses einsetzen.

KÜRZUNG DER WOHNBEIHILFE UM RUND 25 PROZENT

Mieter in der Armutsfalle 🔽



Die ständig steigenden Mieten und Betriebskosten bedeuten für immer mehr Grazerinnen und Grazer die Gefährdung selbst einer bescheidenen Lebensführung. Die damit einhergehende Kürzung der Wohnbeihilfe bringt für viele echte Existenzängste. Mindestpensionisten, Alleinerziehende oder Arbeitslose sind längst nicht mehr die einzigen, die sich schlicht und einfach das Dach über dem Kopf nicht mehr leisten können. Mittlerweile sind es auch Berufstätige, deren Löhne nicht ausreichen, ihre Wohnungen zu bezahlen. Auch für sie ist die Wohnbeihilfe des Landes Steiermark notwendig, um nicht obdachlos zu werden. Die rund 25(!)-prozentige Kürzung der Wohnbeihilfe trifft alle.

Line Gruppe von Menschen ist davon besonders betroffen: Jene Väter und Mütter, die für ihre bei ihren Ex-Partner/innen lebenden Kinder Alimente bezahlen. Im Büro von Stadträtin Elke Kahr häufen sich die Fälle, in denen Menschen, die ihren Alimentationsverpflichtungen gegenüber ihren Kindern nachkommen, Gefahr laufen, ihre Wohnungen zu verlieren.

Grüne, ÖVP und SPÖ gegen Verbesserungen bei der Wohnbeihilfe

Um dieser bedenklichen Entwicklung wenigstens ein bisschen entgegenzuwirken, stellte die KPÖ im Gemeinderat den Antrag, bei der Berechnung des Einkommens des Wohnbeihilfenwerbers die von ihm bezahlten Alimente bei der Ein-

kommensberechnung zu berücksichtigen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen abgelehnt.

Begründungen der Ablehnung

Während die ÖVP zwei Gruppen von hilfsbedürftigen Menschen gegeneinander ausspielen möchte ("Wenn man bei den alimentationspflichtigen Wohnbeihilfenwerbern die von ihnen geleisteten Alimente vom Einkommen abzieht, dann soll man andererseits auch erhaltene Alimente zum Einkommen der alimentationsbeziehenden Wohnbeihilfenwerber hinzuzählen"), bedienten sich die Grünen einer Methode, die sie in letzter Zeit immer öfter dann anwenden, wenn man aus Koalitionsgehorsam gegenüber der ÖVP Mieter-Notruf
Tel. 717108
Beratung und Hilfe in allen
Wohnungsangelegenheiten. Mit
KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Anträge der KPÖ ablehnen muss, denen man früher zugestimmt hätte: "Der Antrag ist undeutlich formuliert, wir verstehen ihn nicht". Dass auch die Grazer SPÖ gegen Verbesserungen bei der Wohnbeihilfe stimmte, verwundert mittlerweile niemanden mehr. Vielleicht liegt es auch daran, dass man in der Partei, die immerhin die Sozialstadträtin stellt, Alimente (für Kinder) mit Unterhaltsleistungen (für Ex-

Ehepartner) verwechselte.

KPÖ Stadträtin Elke Kahr: "Es kann nicht sein, dass jene, die ohnehin jeden Cent zweimal umdrehen müssen, um sich wenigstens ein bescheidenes und halbwegs menschenwürdiges Leben leisten zu können, von der Politik für die Spekulationsverluste von Banken und Konzernen verantwortlich gemacht werden. Wir werden in dieser Frage nicht lockerlassen!"



Die 25 prozentige Kürzung der Wohnbeihilfe trifft auch Berufstätige.



"Haus Graz": Es pfeift durch Das Privatisierungsprojekt von Schwarz-

Das Ausgliederungskonzept "Haus Graz" steht seit einem Jahr auf dem Prüfstand. Es zeigt sich: Verbesserungen für die Menschen sind nicht eingetreten. Dafür steht Postenschacher ganz oben. Die Kritik von KPÖ und Gewerkschaft hat sich bewahrheitetet.

Nun will man die Kinderbetreuung der Stadt Graz ebenfalls in eine GmbH ausgliedern. Stadträtin Kahr: "Es pfeift durch alle Ritzen. Trotzdem halten ÖVP und Grüne an ihrem Privatisierungskurs fest".

Selbst die "schwarzen" Personalvertreter protestieren und zeigen Verschlechterungen für die Belegschaft auf. Christine Schöngrundner (FCG) sagt wörtlich: "Wenn überhaupt noch Bedienstete aufgenommen werden – nur noch jede zweite Stelle soll nachbesetzt werden – dann nur mit einem schlechter dotierten Kollektivvertrag, (...). Das ist eine Politgroteske, die uns Bedienstete schaurig berührt."

Ganz oben gibt es mehr Geld: Drei statt bisher zwei Vorstandsdirektoren in der Holding, mehr Geld für die Aufsichtsräte und gute Posten für Leute aus dem Bürgermeisterbüro.

Schlechter als füher

Für die Bevölkerung gibt es keine Verbesserungen, weitere Tarif- und Gebührenerhöhungen stehen auf der Tagesordnung: Müllabfuhr, Wasser, Kanal, Fernwärme und Strom werden 2012 wieder teurer. Eine Senkung der Zeitkartentarife bei Bus und Tram nach Wiener Vorbild ist nicht in Sicht. Dafür wurden nach der Ausgliederung der Müllabfuhr in Graz 50 Mistkübel abmontiert.

Teure neue Logos

Wegen "Anlaufschwierigkeiten" – in Wirklichkeit aber wegen der Aufsplitterung von Kompetenzen und des Personalabbaus – werden auftauchende Probleme schlechter gelöst als bisher. Zwei Beispiele: Die Schaffung eines Generationenspielplatzes in Graz wird verzögert, weil die Zuständigkeiten zwischen Magistrat und Holding Graz hin uns her

wandern. Von einem Abbau der Bürokratie kann keine Rede sein.

Dafür mussten alle Tafeln und Beschriftungen ausgetauscht werden. Die SP-Gewerkschafter schreiben: "Die erneute Logo-Änderung führte dazu, dass wieder von den Müllkübeln bis zum gesamten Fuhrpark alles auf den aktuellen Stand gebracht, sprich überklebt und überpinselt werden musste." Kostenpunkt der Aktion: eine Million Euro.

Billigarbeit statt Qualität

Auch beim Ausgliederungskonzept "Haus Graz" verabschiedet sich die Stadt Graz in großen Teilen von fixer Beschäftigung. So wird die Reinigung im Magistrat schrittweise ausgelagert und an private Reinigungsfirmen

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Heimgärten: "Durchwegung" vom Tisch

Die Proteste von Grazer Heimgartenvereinigungen und die konsequente Haltung der KPÖ haben die geplante "Durchwegung" bestehender Heimgartenanlagen in Graz verhindert. Im endgültigen Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes



(STEK 4.0) wird eine entsprechende Formulierung nicht mehr vorhanden sein.

K P Ö - G e -

meinderätin Gerti Schloffer: "Eine derartige Durchwegung wird von den Heimgartenvereinen durchgehend abgelehnt. Sie fürchten um ihre Zufluchtsoasen, die sie sich in mühevoller Kleinarbeit über die Jahre aufge-

baut haben. Grundabtretungen

sind dabei ebenso ein Thema wie

zu erwartende Lärmbelästigungen." Der Bürgermeister sicherte zu, dass bestehende Heimgartenanlagen nicht angetastet werden. Falls neue Anlagen errichtet werden, denkt man daran, von den Parzellen getrennte Wege am Rande der Heimgärten zu errichten.

Oeverseegasse 16

Das Dachgeschoß des Hauses Oeverseegasse 16 (Feldamtskaserne), das unter Denkmalschutz stand, wurde illegal zweigeschoßig ausgebaut. Daraufhin wurde der Denkmalschutz für dieses Gebäude

aufgehoben, weil das Gebäude als nicht mehr schützenswert galt.

KPÖ Gemeinderat Andreas Fabisch



stellt folgende Fragen an den Bürgermeister: "Wer trägt die Verantwortung dafür, dass der Dachbodenausbau im Haus Oeverseegasse 16 durchgeführt werden konnte? Welche Maßnahmen sind von Seiten der zuständigen Ämter der Stadt Graz unternommen worden, seit diese Tatsachen bekannt geworden sind? Werden Sie sich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dafür einsetzen, den ursprünglichen Zustand des Hauses Oeverseegasse 16 wieder herstellen zu lassen?"

Grundstücke um 390 Mio. Euro verkauft

Mit 5,11 Millionen Euro ist die Summe des letzten Immobilienpaketes vergleichsweise klein. Insgesamt hat die Stadt Graz in den letzten Jahren Grundstücke im Ausmaß von 390 Mio. Euro an die stadteige-



ne Firma GBG verkauft und wieder zurück-

gemietet. Für diese Mieten muss Graz heuer schon eine Summe von 17 Millionen Euro aus dem Budget aufbringen.

Darüber hinaus verkauft die Firma GBG immer wieder Grundstücke an Private. Am Donnerstag wurde das Gebäude eines ehemaligen Kindergartens verkauft. Die Stadt verzichtet dafür auf ihr Vorkaufsrecht. KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann: "Diese Budgetkosmetik kann sich zur Vorstufe der Privatisierung von städtischem Eigentum entwickeln. Deshalb hat die KPÖ auch die Ausgliederung der Gemeindewohnungen verhindert."

alle Ritzen Grün hat Schlagseite

übergeben. Auch bei den Geriatrischen Gesundheitszentren arbeitet man nach diesem Modell. Von Vorbildwirkung des öffentlichen Dienstes kann keine Rede mehr sein. ÖVP und Grüne haben mit dem Haus Graz die Rutschbahn in Richtung prekäre Beschäftigung gelegt."

Privatsheriffs als Kontrollore

Besonders drastisch ist der Skandal um die Kontrollore bei den Graz Linien, die sich selbst Freifahrtbescheinigungen ausstellten. "Die Fahrscheinkontrolle bei Bus und Tram muss wieder von Bediensteten der Graz Linien (vormals GVB) durchgeführt werden. Die Auslagerung dieser Tätigkeit an Privatsheriffs hat sich als blamabler Fehlschlag erwiesen." Das fordert die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr als Konsequenz aus dem Skandal um Kontrollore der Privatfirma Securitas. Kurz vor Bekanntwerden dieses Skandals war bekannt geworden, dass Securitas-Leiharbeiter sogar als Busfahrer eingesetzt werden sollten.

KPÖ Gemeinderätin Ina Bergmann: In Wirklichkeit wurden mit der Ausgliederung der Wirtschaftsbetriebe 100 Prozent der Daseinsvorsorge in Graz dem Markt unterworfen. Eine spätere Privatisierung etwa der Müllentsorgung, oder des Wassers, ist mit Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat leicht möglich.

Der Gemeinderat kann nur mehr auf Antrag der zuständigen Stadtsenatsreferenten tätig werden. Es wird nur mehr vierteljährlich über wirtschaftliche Kennzahlen und einmal pro Jahr im Zusammenhang mit der Budgetdebatte informiert. Der Gemeinderat ist entrechtet und



"Haus Graz" klingt gemütlich. Aber es ist der Name für eine groß-angelegte Privatisierungsaktion der schwarz-grünen Regierungskoalition. Unter dem Vorwand des "Sparens" werden kommunale Dienstleistungen und städtisches Eigentum der demokratischen Kontrolle entzogen.

darf nur mehr "in komprimierter Form" das Budget der Beteiligungen mitbeschließen.

Ob die Schlechterstellung tausender Beschäftigter und die Einsparung von Leistungen für die Grazer Bevölkerung tatsächlich einen Einsparungseffekt beim Budget erzielt, wird man erst mit dem Rechnungsabschluss 2011 der Stadt sehen. Man darf aber mit Recht zweifeln. Die Schlagseite des Projekts ist allerdings schon offensichtlich. ÖVP und Grüne haben ihre Versprechen im Zusammenhang mit dem "Haus Graz" nicht eingehalten. Eigentlich wäre die Rückführung der Holding in den Verantwortungsbereich der Gemeinde notwendig.

UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG.	und gewinnen Sie kleine

Müllabfuhr, Straßenreinungen, Verkehrsb Soll die ausgliederten Gemeindebetriebe wieder unter den Einfluss der Stadt genommen werden?		be us	
Gedanken und Anregungen:	_	_	
	_		—
	_		—
☐ Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPG Name:	Ö Graz	erhalten.	_
	—	_	—
	_	_	<u> </u>

A 1: 1 C D: .1: . 1 .: 1



An das

Stadtblatt

Elke Kahr Volkshaus, Lagergasse 98a 8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at



MEINUNG

Von Peter Scherz, Arbeiterkammerrat des GLB und MAGNA Betriebsrat



Streik hat 4,2 Prozent Lohnerhöhung gebracht

Der größte Metallerstreik seit 1962 hat die Unzufriedenheit der Leute deutlich zutage gebracht.

Es war höchst an der Zeit, der Wirtschaft klarzumachen, dass es sehr wohl etwas ausmacht, wenn die Räder stillstehen. Der Versuch in einigen Betrieben, die Beschäftigten unter Druck zu setzen und ihnen ihr demokratisches Grundrecht auf Streik zu verweigern, ist gescheitert.

Die Streiks und Kampfaktionen

haben das Selbstbewusstsein der arbeitenden Menschen gestärkt. Der Lohnabschluss von 4,2 Prozent (über der Inflationsrate) ist aber nur ein kleiner Teil des Erfolges. Vor allem für die unteren Lohngruppen konnten deutliche Verbesserungen erkämpft werden. Niedriglohnempfänger dürfen sich über eine Mindestlohnerhöhung von 80 Euro monatlich freuen - das sind dauerhaft immerhin 1.120,- Euro im Jahr (!) und damit erheblich mehr als die von der Unternehmerseite gebotene einmalige Zahlung von 200 Euro, die sich auf künftige Entlohnungen überhaupt nicht ausgewirkt hätte!

Verbesserungen gibt es auch bei der Anrechnung der Karenzzeiten. Ab sofort werden alle Arten von Karenz (Mütter-, Väter-, Bildungs-, Hospizkarenz...) jeweils bis zu einer Höchstdauer von 16 Monaten voll angerechnet.

Aus diesen Gründen habe ich als GLB-Vertreter dem Verhandlungsergebnis schließlich zugestimmt.

Der Streik hat aber vor allem auch eines bewiesen: Wenn es

hart auf hart geht, müssen die Beschäftigten die Sache selbst in die Hand nehmen und dürfen sich nicht auf die Sozialpartnerschaft verlassen.

Positiv anzumerken ist schließlich, dass der entschlossene Kampfgeist der Metaller beispielgebend war. Ihr Selbstbewusstsein hat die Verhandlungsführer der Beschäftigtenseite in anderen Branchen ermutigt, mit ihren berechtigten Forderungen ebenfalls selbstsicher in die Verhandlungen zu gehen.

meint Ihr Peter Scherz

Postpartner zahlen drauf

"NEBENTÄTIGKEIT" IST VOLLZEITJOB

Die Post schafft sich selber ab. Briefkästen werden abmontiert, Postfilialen geschlossen, Mitarbeiter gekündigt. Doch auch Postpartner fühlen sich geprellt.

X/ährend die Post weiter Postämter schließt (über 1000 bisher) und plant, 800 bis 900 Beschäftigte im Jahr abzubauen, rührt sie landauf - landab die Werbetrommeln, um kleine Unternehmer - vom Trafikanten bis zum Tankstellenbetreiber für das Postpartnergeschäft zu gewinnen. "Noch mehr Service, noch kürzere Wege, noch längere Öffnungszeiten. Die Österreichische Post und die Post Partner bringen mehr Kundenvorteile und eine sichere Versorgung", wirbt die Post AG.

Selbstausbeutung

Für die Postpartner selbst erweist sich die als attraktives Nebengeschäft beworbene Tätigkeit allerdings recht bald als wenig lukrativ.

Die Post verspricht ihren "Partnern" einen durchschnittlichen Verdienst von 15.000 Euro pro Jahr. "Wer seine Beschäftigten fair entlohnen und sich nicht selbst ausbeuten will, kann dabei aber nur draufzahlen", macht ein Postpartner klar. "Das Postgeschäft ist anspruchsvoll schließlich sind auch heikle Geldgeschäfte abzuwickeln - und man muss montags bis freitags geöffnet haben", so der Postpartner. Das Postpartnergeschäft sei ein Vollzeitjob. Den könne man nicht einfach "ganz nebenbei" erledigen.

Provisions-Schmäh

Das Einkommen der Postpartner besteht fast ausschließlich aus Provisionen. Diese sind auf den ersten Blick nicht einmal so schlecht. Pro Briefsendung erhalten Postpartner eine Provision von 20 Cent – doch gilt das nicht für alle Briefe. Ab dem 30. Brief pro Kunde/Kundin bekommen Postpartner weniger als zwei Cent. Für mit dem Stempel "Post-



Die "Partner" der Post haben es nicht leicht.

gebühr bar bezahlt" versehene Briefe, die in manchen Filialen bis zu 90 % (!) des Gesamtvolumens ausmachen, gibt es gar keine Provision, "Knebelverträge" nennen Eingeweihte die Vereinbarungen mit der Post AG.

Versorgung in Gefahr

Die Entwicklung lässt ahnen, wohin die Reise geht: Immer mehr Postpartner werden abspringen, die Post wird in ihrer Grundstruktur zerstört. Letztendlich kann die Versorgungssicherheit auf lange Sicht nicht gewährleistet werden. Leidtragende sind die zahlreichen gekündigten Postbediensteten, die Postpartner und letztendlich wir alle, die wir auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen sind.





Aktuelles aus den Grazer Bezirken

JAKOMINI

Stadtteilversammlung

Bei der Stadtteilversammlung des Bezirks Jakomini zu den

Themen "Auflassung der Postämter" und "Straßenbahnhaltestelle bei der Münzgrabenkirche" erläuterte KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer den Standpunkt der KPÖ: gegen die Schließung der Postämter in der Moserhofgasse und in der Brockmanngasse. Der Bezirk Jakomini mit 30.000 Einwohnern soll kein einziges Postamt



mehr haben! Außerdem soll auch noch das Postamt Plüddemanngasse, das von vielen "Randbezirklern" genutzt wird, geschlossen werden.

Gemeinderätin Schloffer: "Wir wollen, dass Postämter und Postkästen erhalten bleiben." Zur Frage der Erhaltung der Postkästen ist KPÖ-Stadträtin Elke Kahr seit längerem mit der Post im Gespräch.



"Die Bauarbeiten am Gössendorfer Kraftwerk wirken sich bis in die Murfeldergasse aus", bemerkt Max Korp, Sprecher der KPÖ-Liebenau.

"Auf der Höhe Eichbachgasse bricht die Straße weg, in einem Straßenbereich, der erst unlängst von der Gemeinde Graz renoviert wurde." Von der Einhaltung der UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung), so Korp, "kann keine Rede sein".

LEONHARD

Elisabethschule

Der Schulausschuss hat am 9. November einen schweren Fehler von Stadträtin Grabner (VP) korrigiert: Nach der Schließung der VS Elisabethstraße werden ab dem kommenden Schuljahr an diesem Standort

dislozierte Klassen der VS

Berlinerring errichtet werden. **KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch** sieht in dieser Entscheidung auch einen Erfolg seiner Bemühungen.

Er hatte im Grazer Gemeinderat mehrmals die Auflassung der Elisabethschule kritisiert und die Forderung nach dislozierten Klassen an diesem Standort erhoben. Fabisch: "Der von Stadträtin Grabner verfügte Anmelde- und Aufnahmestopp an der Volksschule Elisabeth war ein schwerer Fehler: Schülerinnen und Schüler waren dadurch gezwungen, weite Schulwege in Kauf zu nehmen (z.B. zur VS Berliner Ring). Die KPÖ hat als einzige Partei gegen den Aufnahmestopp gestimmt.

ZVPZentralverband der Pensionisten

SPRECH-STUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

© 0316/ 71 24 80

Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine "einmalige Unterstützung"
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Unterstützungen; Gebührenbefreiungen
- anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus



EGGENBERG

Wartehäuschen geplant

Zu einer Verbesserung könnte es im Haltestellenbereich der FH Joanneum in Eggenberg kommen. Auf Nachfrage von KPÖ-Bezirksrätin Eva Maria Fischer wurde mitgeteilt, dass ein Wartehäuschen geplant sei und im Frühjahr auch Bäume nachgepflanzt werden sollen.



Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Graz, Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316 / 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at



Am 14.11. fand im Bezirk Jakomini eine Bezirksratssitzung mit dem Titel "Die lange Nacht der Bezirksdemokratie" statt. KPÖ-Bezirksrat Gottfried Stevanecz (am Foto rechts, mit Hut) erklärt, warum: "24 Anträge, die der Bezirk an die Stadt Graz gestellt hat, sind noch immer unerledigt. Andere Dinge, den Bezirk betreffend, wurden erledigt, ohne den Bezirksrat zu fragen."

GRIES



Wer rastet, der rostet

Das Gesundheitsturnen für Senioren in den Räumlichkeiten des KPÖ-Bildungszentrums im Volkshaus Graz hat Eingang in die Broschüre "Engagiert gesund bleiben" gefunden. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon und die Turngruppe "Wer rastet, der rostet" werden dort vorgestellt. Inge Arzon dazu: "Die Politik erwartet viel von uns älteren Menschen. Es ist aber so, dass die Seniorinnen und Senioren auch viel von der Politik erwarten.

Sie darf uns nicht im Stich lassen. Es ist nicht gut, wenn von oben mitgeholfen wird, dass Junge und Alte gegeneinander ausgespielt werden. Es darf nicht so sein, dass auf viele von uns am Ende die Armut wartet."



Broschüre zu bestellen unter http://www.engagiert-gesund-bleiben.at/

Teuerung

"ORF plant maßvolle Teil-Valorisierung des Programmentgelts" Aussendung des ORF zur Erhöhung der Rundfunkgebühr um sieben (!) Prozent

INNERE STADT

Ein lauter Advent

Die Grazer Altstadt erlebt auch im Jahr 2011 wieder einen langen, lauten und vor allem punschgetränkten Advent. Das stellt Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder (KPÖ) fest.

Parteder: "Bereits seit 18. November gibt es die nervigen Standeln am Hauptplatz, am Eisernen Tor (an insgesamt 12 Plätzen)." Die Grazer Innenstadt-KPÖ kritisiert vor allem, dass es auch heuer wieder eine "Lange Nacht des Advents" geben soll. Am 9. Dezember will man das als Brauchtum verkleidete Besäufnis auf offener Straße bis 24 Uhr ausdehnen. Besonders unangenehm ist dabei die Ankündigung, dass an diesem Abend am Mariahilferplatz ein Live-DJ die "Lange Nacht des Advents" beschallen wird. Außerdem erlässt man den Betreibern 39.900 Eu-

Diskothek "Retro" ist eine Plage: Maßnahmen gefordert

ro für die Benützung des

Öffentlichen Gutes.

Anrainer rebellieren, die Polizei meldet dutzende Einsätze im Umfeld der Diskothek, trotzdem kann das Etablissement "Retro" in der Gleisdorfergasse 15 weitermachen wie bisher: Lärm, lautstarke Raufereien, Körperverletzungen und dergleichen sind an der Tagesordnung.

Innenstadt-Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder (KPÖ) betonte: "Jetzt sind konkrete Schritte notwendig. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wie man die Anwohner so lange in Stich lassen kann."



Parken oder nicht parken

n der Luthergasse (Nähe Kaiser-Josef-Platz) befinden sich ca. fünf Autoabstellplätze. Ein Schild und blaue Bodenmarkierungen weisen darauf hin, dass es sich um eine Kurzparkzone handelt. Diese wird allerdings durch eine Zusatztafel (Parkverbot von 6-19 Uhr) wieder aufgehoben. Regelmäßig werden Autofahrer abgestraft, obwohl sie im guten Glauben ein Parkticket gelöst haben. Damit werden einerseits die Parkplatzbenützer verärgert, andererseits leiden auch die Innenstadtkaufleute darunter. weil verärgerte Kunden sich gut überlegen, wieder in die Innenstadt zu fahren. KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber verlangte im Gemeinderat der Stadt die sofortige Entfernung

der Parkverbotstafeln.

STRASSGANG

Postamt wird Bankfiliale KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora protestiert

Den GLB-Gewerkschafter und Grazer KPÖ-Gemeinderat Christian Si-



kora bringt die bevorstehende Umwandlung des Postamtes Hafnerstraße/ Ecke Kärntnerstraße in eine Bankfiliale auf die Palme. Dieses Postamt wurde erst im Frühjahr kostenintensiv neu eröffnet. Sikora fordert, die Post wieder zur Gänze in die öffentliche Hand zu geben.

Der KPÖ-Mandatar: "Damit geht ein weiteres Stück Postgeschichte samt ihrer österreichischen Identität verloren. Bereits ab dem Jahr 2000 wurden mit steigender Tendenz jeder fünfte Beschäftigte der Post abgebaut und fast die Hälfte aller Postämter geschlossen, andererseits hat sich der Gewinn für die Post AG mittlerweile bereits verfünffacht! Ich trete für die rasche Rückführung der Post in die öffentlichen Hand, sprich für die Wiederverstaatlichung der Post ein – ohne Wenn und Aber" so Sikora.

LEND

Postraub

Der Bezirksrat Lend hat sich einstimmig gegen die Schließung der Postfiliale Wienerstraße 2 (Bild unten) ausgesprochen.



KPÖ-Bezirksrat Christian Carli: "Tausende Bürgerinnen und Bürger wohnen im Einzugsbereich der Postfiliale Wienerstraße, darunter viele ältere, gebrechliche Menschen, denen ein langer Fußweg in die Annenstraße oder in die Keplerstraße nicht zugemutet werden kann."













Die Altstadt ist in Gefahr. Umstrittene Bauprojekte wie beim Pfauengarten werden durchgezogen, immer wieder kommt es vor, dass das Bauamt im Sinne der Immobilienhaie eingreift. KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch schlägt Alarm.

7as nicht nur am Rosenberggürtel für höchste Empörung gesorgt hat, setzt sich nun in der Hallerschloßstraße 1 fort: Das fehlerhafte, dürftige, Gutachten" der Stadtplanung ignoriert in skandalöser Weise bei einem umstrittenen Bauvorhaben Belange des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes. Ausführliche und gehaltvolle Gegengutachten von anerkannten Experten werden vom Bauamt auf die Seite geschoben. Die rechtlich vorgeschriebene Abwägung der Argumente, Nachvollziehbarkeit und fundierte Begründungen fehlen.

Horrende Baudichteüberschreitungen (Muchargasse/Laimburggasse um 128%), Missachtung von Frischluftschneisen

und des Denkmalschutzes stellen für die Behörde keinen Grund dar, Bauvorhaben zu reduzieren. Die dadurch entstehende Belastung für die Anrainer/innen wird bagatellisiert, negative Gutachten werden vom Tisch gewischt. Schließlich geht der Profit ja vor. Dieses Spiel macht die KPÖ sicher nicht mit."

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch: "Es kann nicht sein, dass (im Sinne des Bauwerbers) ein höchst banales stadt-

planerisches ,Gutachten' von wenigen Zeilen jedes qualitätsvolle Gegengutachten ohne wirkliche Begründung und Entkräftigung der Argumente vom Tisch wischen kann. Für diesen rechtlich unhaltbaren Zustand bei strittigen Projekten trägt Bürgermeister Nagl als zuständiger Stadtsenatsreferent die volle Verantwortung!" Es ist zu hoffen, dass sich dieser Zustand nach der Änderung in der Leitung der Bau- und Anlagenbehörde bessert.

Mädchen unter sich



Als Jugendtreff "for girls only" versteht sich das Mädchenzentrum JAM in 8020 Graz, Arche Noah 11. In diesem Mädchenzentrum können Mädchen zwischen 12 und 21 Jahren während der Öffnungszeiten (Di., Mi, Do. von halb zwei Uhr nachmittags bis halb sieben, freitags von 16 – 21 Uhr) einfach vorbeikommen. Das Angebot ist kostenlos.

Das JAM Mädchenzentrum ist ein Ort, wo sich die Mädchen so richtig wohlfühlen und wo sie einfach sie selbst sein können! Am Donnerstag, den 1.12.2011, feiert JAM einjährigen Geburtstag.

Aktuellen JAM-Angebote:

"Mädchengschichtn" Alles was dich rund ums Thema Gesundheit & Körper interessiert, hier werden deine Fragen in vertrauensvoller Atmosphäre besprochen. Fr 25.11.2011 15:00-19:00 Uhr

Tag der offenen Tür: Do, 01.12.2011, 15-19 Uhr

Schmuck Workshop: Lass deiner Kreativität freien Lauf und stelle in

unserer Werkstatt deinen eigenen Schmuck aus unterschiedlichen Materialien her! Fr 16.12.2011,

Weihnachtswerkstatt:

16-20 Uhr

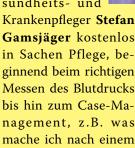
Di 13.12.2011 - Do 15.12.2011 14-18 Uhr Nähere Infos gibt unter:

www.mafalda.at

VOLKSHAUS, LAGERGASSE 98A

Mo.5.Dez: Pflegeberatung

Pflegeberatung der Grazer KPÖ: An jedem ersten Montag im Monat berät der diplomierte Gesundheits- und



Krankenhausaufenthalt,



wenn ich mich selbst nicht versorgen kann?

Die kostenlose, anonyme Beratung findet im

Volkshaus, Lagergasse 98a von 15 bis 18 Uhr statt; an jedem ersten Montag im Monat - nächster Termin 5. Dez. 2011, Anmeldung 0316 / 71 24 79 oder bei Stefan Gamsjäger, Tel. 0660/319 783 1.



Das steirische Musikschulwesen ist - wie viele andere Bereiche – von einer 25prozentigen Kürzung seitens der Landesregierung betroffen. Am Fr. 2.12. um 10 Uhr wird die Petition übergeben: http://www.petitiononline.com/48ms333/

Mit dem Bus nach Zagreb und in die weite Welt

Freitag Nachmittag am Busbahnhof beim Hauptbahnhof. Viele Menschen warten auf Busse mit ausländischen Kennzeichen. Folgende Tatsache, die sehr vielen Grazern nicht bewusst ist: Nach dem Ausdünnen der Bahnverbindungen nach Südosteuropa gibt es eine Alternative: Linienbusse.

Linige Beispiele: Täglich zweimal kann man von Graz nach Zagreb fahren. Um 16 Uhr und um 19:30 Uhr. Kostenpunkt 17 Euro für die einfache Fahrt.

Nach Sarajevo fährt täglich um 20 Uhr ein Nachtbus von Eurolines. Die einfache Fahrt kostet 46 Euro.

Das sind nicht die einzigen Verbindungen. Einmal wöchentlich (freitags) gibt es einen Bus nach Rijeka, Opatija und



Crikvenica sowie einen Bus nach Split, Abfahrt ist um 21.20

Freitags kann man auch nach Osijek oder Banja Luka fahren. Für Reiselustige gibt es sogar Verbindungen von Graz nach Rumänien, Bulgarien, Litauen oder in den Kosovo. Aber auch Fahrten mit dem Linienbus nach Abano Terme sind möglich. Nähere Informationen und Fahrkarten sind beim Reisebüro Christian Ziegler in der Wienerstrasse 229 erhältlich. Telefon 0316 / 67 11 55.

Übrigens: Es gibt viele Busverbindungen von Graz ins Ausland, aber keinen Direktbus von Graz nach Maribor.

Elke Kahr zum Streichkonzert der Bahn

pie Einstellung von Zugverbindungen von Graz nach Maribor und Salzburg ist ein Kahlschlagkurs bei der ÖBB. Hier wird auf Kosten der Mehrheit und der Bediensteten gespart, während die Verantwortlichen für Fehlspekulationen in Milliardenhöhe ungeschoren bleiben". Das sagte die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

Derartige Schritte machen es immer schwieriger, die Bundesbahn als öffentliches Unternehmen zu verteidigen. Zu den aktuellen Streichungen stellte Kahr fest, dass es künftig zwischen Graz und Maribor weniger Zugverbindungen geben wird als zu den Zeiten des Kalten Krieges.

Zu den Verbindungen nach Salzburg und Linz bemerkte Kahr, dass der Verein Fahrgast bereits vor Monaten ein ausgereiftes Konzept für Euregio-Verbindungen von Graz aus vorgelegt hat. Statt diesen Vorschlag aufzugreifen, setzt man das Streichkonzert fort.

Glücksspiel: Sumpf trockenlegen

Wien wird keine Lizenzen an Glücksspielkonzerne zur Aufstellung von Glücksspielautomaten vergeben. Damit wird Wien mit Auslaufen der Übergangsfrist für das neue Glücksspielgesetz weitgehend frei vom "Kleinen Glücksspiel", also von Glücksspielautomaten, sein.

Die steirische KPÖ kämpft seit 2006 für dieses Ziel. Ernest Kaltenegger überreichte 2007 über 11.000 Unterschriften an den Landtagspräsidenten. Doch das Land sträubt sich, aktiv zu werden.

Claudia Klimt-Weithaler sieht in der Wiener Entscheidung die große Chance, auch in der Steiermark ein Aus für die Spielautomaten durchzusetzen. Nach dem Ausscheiden des VP-Abgeordneten Kasic ist nun vielleicht eine sachlichere Entscheidung möglich, die nicht ausschließlich von den Interessen der Automatenlobby geleitet ist, hofft die KPÖ-Abgeordnete.

Inzwischen geht aber das Geschäft mit dem Glücksspiel ungebremst weiter. Und die Automatenfirmen bringen eine Berufung nach der anderen gegen die seit kurzem erhöhte Abgabe für einarmige Banditen ein.



Die Geschäfte des Herrn Gusenbauer

Ex-Kanzler Gusenbauer schlägt als "Berater" Profit aus seinem Ex-Posten als Politiker: Für 2010 weist sein Unternehmen einen Gewinn von 2.522.939,61 Euro aus (Aus dem Firmenbuch).

Unter Gusenbauers Kunden: Der Glücksspielkonzern Novomatic, die Hypo Alpe Adria oder die WAZ-Ostholding. Neben anderen Engagements leitet er den Aufsichtsrat des Bauriesen Strabag. Für Strabag-Boss Hans Peter Haselsteiner hat er auch den Vorsitz in Haselsteiner-Privatstiftungen übernommen. Unterschriftensammlung zur Durchsetzung einer Volksbefragung

Staustufe Graz: Was uns erwartet

Von Andrea Feierl

Der Vergleich zeigt deutlich: Der Bau einer Staustufe an der Mur rechnet sich nicht. Er würde einen massiven Eingriff in das Leben der Grazerinnen und Grazer bedeuten. In Relation dazu stehen ein verschwindend geringer Stromgewinn und hohe Kosten für Bau- und Ausgleichsmaßnahmen. Effiziente Alternativen für Graz gibt es.

Allein für das Kraftwerk belaufen sich die Kosten auf rund 100 Millionen Euro. Schon das ist teuer im Vergleich zu ähnlichen Projekten. Auch deshalb steht der Energie Steiermark eine Prüfung des Projekts durch den Bundesrechnungshof ins Haus. Denn sie finanziert ihr Bauvorhaben durch die Einnahmen aus Stromkosten und Steuergeldern (Förderungen).

Eine Staustufe an der Mur könnte gerade einmal 74 GWh Strom produzieren. Das sind gegenüber dem Strombedarf der Steiermark nicht einmal 0,8%. Das neue Gas-Dampfkraftwerk in Mellach produziert im Vergleich 6.450 GWh, also so viel wie 87 Murkraftwerke. Die Leistung der Staustufe kann also als äußerst gering eingestuft werden.

Den lokal entstehenden Schaden bewerten Experten dagegen als sehr hoch. Die geplanten Ausgleichsmaßnahmen reichen nicht aus, um den Lebensraum zu erhalten. Die Maßnahmen im sozialen- und Freizeitbereich müssen von der Stadt Graz oder privaten Investoren übernommen werden – sind also nicht Teil des Projektes.

Vergleichbare Alternativen zur Staustufe an der Mur gibt es durchaus: Beispielsweise plant die Energie Steiermark derzeit Windparks, die bei gleichen Investitionskosten rund 200 GWh einbringen sollen. Durch die thermische Sanierung könnten in Graz doppelt so viele Arbeitsplätze geschaffen werden wie durch den Bau des Murkraftwerkes. Das von Experten geschätzte Potenzial ist ca.

dreimal so hoch wie die Leistung der Staustufe. Auch die Prozesswärme der Gasverdichterstation Weitendorf erreicht Werte von 100 GWh. Diese stehen uns ohne großen finanziellen Aufwand und Eingriff in das Leben der Grazer zur Verfügung.

Die 100 Millionen wären im Budget des Landes Steiermark zurzeit dringend nötig – oder Demokratie heißt Volksbefragung KPÖ

auch in alternative Projekte gut investiert. Diese Relationen sprechen eindeutig für den Erhalt unserer Mur.



Energie-Effizienz statt Naturzerstörung!

NEIN ZUR MUR-STAUSTUFE GRAZ!

Antrag an den Gemeinderat der Stadt Graz auf Durchführung einer Volksbefragung gemäß § 155 Steiermärkisches Volksrechtegesetz

- 1. Wollen Sie den Bau der Mur-Staustufe Graz?
- 2. Soll die Stadt Graz in ihrem eigenen Wirkungsbereich zum Bau der Mur-Staustufe Graz ("Mur-kraftwerk") beitragen?

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich den Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung gem. § 155 Steiermärkisches Volksrechtegesetz.

HAUS RANKENGASSE 22

Viel Leben unter einem Dach

Die Einrichtung des Team ON fängt Menschen auf, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind. Eva Lenger leitet das Haus Rankengasse 22 seit vielen Jahren.

Line der Einrichtungen, die Versuchen das Schicksal Wohnungslosigkeit abzuwenden, ist das Haus Rankengasse 22. In den 55 Wohnungen des Gemeindebaus, der dem Team ON überlassen worden ist, finden Gestrandete Kost und Logis für wenig Geld. Ziel ist es, den Menschen zu helfen, wieder auf die Beine zu kommen.

Treffpunkt: Küche

Obwohl 90 % der Bewohner des Hauses Männer sind, wird es von einer Frau geleitet. Sie heißt Eva Lenger. Mit viel Geschick und Einfühlungsvermögen versucht sie die Probleme zu lösen, die tagtäglich an sie herangetragen werden.

Mittelpunkt des Geschehens ist die Küche. Dort trifft man sich schon morgens, trinkt Kaffee, tauscht sich aus. "Vormittags brauchen wir zwischen zehn und 12 Kannen davon", erzählt Frau Lenger. Es herrscht Hochbetrieb. Ständig heißt es »Eva hier – Eva da«, aber Eva Lenger bleibt gelassen, gibt hier einen Tipp, macht dort einen Vorschlag, löst Spannungen mit einem kleinen Scherz. Die meiste Arbeit im Haus, ja, selbst das Kochen, wird von ehrenamtlichen Helfern geleistet. Der Großteil der Sorgen und Anliegen aber landet bei Frau Lenger. "Es sind vor allem finanzielle Angelegenheiten, die ich für die Betroffenen zu regeln versuche. Meist geht es dabei um offene Strom-, Gas- oder Fernwärmerechnungen."



Eva Lenger: "Wir sind hier wie eine Familie. Natürlich gibt es auch Streit, aber wenn es drauf ankommt, halten die Leute zusammen. Kündigt sich ein besonderer Besuch an oder steht ein Fest bevor, kommen sie meist schon um zwei Uhr morgens und helfen bei den Vorbereitungen".

Glücklich und frei

In der Rankengasse 22 stehen nicht Ordnung und Disziplin an erster Stelle. "Viel wichtiger ist es, dass die Menschen sich hier glücklich und frei fühlen", sagt Frau Lenger. Die Leute müssen sich zwar regelmäßig melden, können aber kommen und gehen, wann sie wollen, erzählt Eva Lenger.

Sorgen

Doch es gibt auch Sorgen. Rücklagen sind keine da. Jetzt wäre z.B. ein Austausch der Fenster dringend nötig. "Dabei sind wir auf Sponsoren und freiwillige Leistungen angewiesen", bedauert Lenger. Auch an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern mangelt es. "Wir würden uns freuen über mehr Leute, die sich hinsetzen und mit den Bewohnern reden", sagt Frau Lenger, "denn meine Ressourcen reichen nicht für alle Sorgen und Nöte."



Freitag, 16. Dezember 2011, 12 Uhr Brauhaus Puntigam Anmeldung erbeten, Tel. 0316/71 24 80

TIPP: Telefongebührenbefreiung

Wer von der Rundfunkgebühr befreit ist (www.gis. at) kann mit gleichem Formular um einen Telekommunikationszuschuss ansuchen (früher "Gebührenbefreiung"). Berechtigte erhalten einen Gutschein, der Betrag wird 12 Monate von der Telefonrechnung abgezogen. Seit 1. Juli 2011 beträgt der Zuschuss leider nur noch zwölf Euro pro Monat, zuvor waren es 16,57 Euro. Also wieder eine Kürzung von 55 Euro/Jahr bei denen, die am wenigsten haben.



Gebührenstopp! Statt Belastungen

Die Holding Graz macht 2012 alles teurer: Fernwärme wird um 5 bis 6 % teurer. Die Kanal- und Müllgebühren werden in Graz mit Jahresbeginn erneut um mindestens 3 Prozent angehoben. Am 1. Juli 2012 dürften die Fahrpreise für Bus und Tram um mindestens 5% verteuert werden.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: "Das alles wirkt sich negativ auf die Masse der Bevölkerung aus. Ob die Leute in Zeiten des Sozialabbaus auch in der Lage sind, all diese Belastungen zu tragen, ist mehr als fraglich. Schließlich wird das tägliche Leben um 6,7 % teurer. Die Reallöhne sinken. Es ist jetzt notwendig, einen Schutzschirm für die Menschen aufzuspannen. Wir fordern einen Belastungsstopp in Graz. Diese Gebührenbremse ist auch angesichts der offiziellen Inflationsrate dringend notwendig. Verteuerungen bei Tarifen und Gebühren lehnen wir entschieden ab."



Außer Kontrolle: Tarife und Gebühren im "Haus Graz"

Bus und Tram: Seniorenkarten 20 Prozent teurer

Die Ermäßigung für die Seniorenkarten im Verkehrsverbund wird ab 1.1. 2012 von 50 auf 40 Prozent gekürzt. Frauen sollen künftig erst ab dem 65. Lebensjahr ermäßigte Tarife bekommen.

KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber protestiert: "Die KPÖ lehnt die Verteuerung der Seniorenkarten um durchschnittlich 20 Prozent entschieden ab. Statt einheitlich und langfristig 60 Jahre als Antrittsalter für die Seniorenermäßigungen festzulegen – wie dies in einigen europäischen Ländern der Fall ist – kürzt man die Ermäßigung für alle und wird in zehn Jahren diese Ermäßigung erst ab dem Alter von 65 Jahren gewähren."

Wohin mit dem Giftmüll?

Seit die Sammelstellen bei den Bezirksämtern aufgelassen wurden, wissen viele nicht, wohin mit den "Problemstoffen". Dazu ein paar Tipps und Infos:

Was sind "Problemstoffe"?

Altspeisefette und -öle, Mineralölabfälle, Farben, Klebstoffe, Lösungsmittel, Gifte, Chemikalien, Arzneimittel, Batterien, Energiesparlampen, Feuerlöscher, Starterbatterien... Problemstoffe gehören nicht in den Restmüll!

Wo kann ich abgeben?

- 1. Bei den stationären Problemstoffsammelstellen:
- a) **Zentrale Sammelstelle**, Neufeldweg 219. Mo-Fr 6.30-13.30^h
- b) AEVG **Recyclingcenter** 2, Sturzgasse 8. Mo-Fr 7.00-17.00h
- c) **Verein BAN**, Ungergasse 31. Mo, Mi, Do von 8.00-16.00^h
- d) Zentralfeuerwache Lendplatz / Feuerwache Dietrichsteinplatz, Mo-Fr von 8.00-17.30h, Sa 8.00-14.00h

2.) Beim Giftmüllexpress

Dieser kommt in die einzelnen Bezirke und hält für jeweils zwei Stunden. Die nächsten Termine und Standorte:

vormittags (10-12 Uhr): 29.11.: Körblergasse 53, 30.11.: Andritzer Reichsstraße 77, 1.12.: Hauptplatz 3, 6.12.: Geidorfgürtel 38, 7.12. Augasse 128, 13.12.: Schanzelgasse 33, 14.12. Rankengasse 47

nachmittags (17-19 Uhr): 29.11.: Körösistr. 194, 30.11.: Münzgrabenstr. 79a, 1.12.: St.-Veiter-Str. 35, 6.12.: Raachg. 71, 7.12.: Schrödingerstr. 5, 13.12.: Wiener Str. 258, 14.12.: Plabutscherstraße 107

Nähere Infos können auch unter http://www.umweltservice.graz.at/infos/abfall/Giftmuellexpress11.pdf abgerufen werden.

Barbara Schink vom Weltschachverband FIDE ausgezeichnet



Die Grazerin Barbara Schink hat wohl eine sehr untypische Schachkarriere: Aufgewachsen in der Nähe der Triestersiedlung, hat sie erst mit 20 Jahren begonnen, regelmäßig in einem Schachverein zu spielen. Anders als alle ihre Konkurrentinnen hatte sie in ihrer Schule keinen Schachunterricht genossen. Dennoch ist es ihr gelungen, mit einer gehörigen Portion Talent und mit Ehrgeiz in dieser noch immer männerdominierten Sportart Fuß zu fassen. Jetzt, mit 27, hat sie auf Grund ihrer großartigen Leistungen im Schach vom Weltschachverband FIDE die Auszeichnung WFM (Woman Fide Master) verliehen bekommen. Derzeit spielt sie für den Grazer Schachverein Straßenbahn sehr erfolgreich in der 2. Bundesliga Mitte und in der Steirischen Landesliga – sie ist in beiden Ligen in der laufenden Saison noch unbesiegt! Wir gratulieren sehr herzlich!

WENN DAS KIND KRANK WIRD:

Der Verein rund ums erkrankte Kind, KiB children care

Verein KiB hilft

In der Nacht hat das Kind Fieber bekommen. Papa und Mama müssen arbeiten. Doch wer bleibt jetzt beim kranken Kind?

Diese Situation kennen wahrscheinlich die meisten Mütter sehr gut, denn die Zeiten, wo zumindest die Omi jederzeit einspringen konnte, sind vorbei. Meist stehen heute die Großeltern selbst noch mitten im Berufsleben.

Der gemeinnützige Verein KiB hat eine Hotline für solche Notfälle eingerichtet. Die Telefonnummer 0664/620 3040 ist rund um die Uhr erreichbar,



und eine Betreuungsperson wird organisiert. Diese bleibt wenigstens drei Tage beim kranken Kind daheim. Mittlerweile hat KiB steiermarkweit ein Netz von freiwilligen Betreuer/innen aufgebaut, angefangen von Student/ innen bis zur Pensionistin. Finanziert wird dieses Service von den Mitgliedern selbst. Diese zahlen 12,50 €/Monat, unabhängig von der Anzahl der Kinder. "Unsere Unterstützung für Familien ist unbürokratisch und gilt bereits ab dem ersten Tag der Mitgliedschaft", klärt Mag.^a Gabriele Metz, Landeskoordinatorin des Vereins KiB, auf.

Ob es nicht zu Engpässen bei der Organisation von Betreuungspersonen kommt, fragen wir sie. "Wir arbeiten nicht nur unbürokratisch", lacht Frau Metz, "sondern auch unkonventionell. In einer solchen Notsituation ist es schon vorgekommen,



Der Verein KiB bietet Unterstützung für Eltern kranker Kinder.

dass wir den örtlichen Pfarrer angerufen und gefragt haben, ob er eine mögliche Betreuungsperson kennt. Irgendeine Lösung findet sich immer!"

Der Verein KiB versteht sich als Interessensvertretung für Kinder in Belangen des Gesundheitswesens. Neben dem Betreuungsservice für kranke Kinder zu Hause bietet er – je nach finanziellen Möglichkeiten – auch Hilfestellungen beim Kostenersatz für Eltern, die ihr Kind ins Krankenhaus begleiten (bei Begleitkosten und Selbstbehalt). Und auch auf politischer Ebene ist der Verein sehr aktiv. "Es ist uns gelungen zu erreichen, dass die Eltern krebskranker Kinder in der Steiermark seit heuer keine Begleitkosten mehr bezahlen müssen, wenn ihr Kind ins Krankenhaus muss", sagt Mag.^a Metz nicht ohne Stolz.

Der Verein KiB feiert heuer sein 25jähriges Bestehen und hat derzeit rund 11.000 Mitglieder.

Kaputtverwaltet

Im Namen der Euro-Schuldendiktatur gibt es Sozialabbau:

- Regress für Angehörige
- Privatisierung im Gesundheitswesen
- Kindergartensteuer für Eltern
- Demokratie- und Arbeitsplatzabbau durch sogenannte "Verwaltungsreform"

Voves und Schützenhöfer, die diese grausamen und selbstzerstörerischen Belastungen und Streichungen durchziehen, haben leicht lachen: Keiner der beiden wird sich aus Altersgründen der nächsten Wahl stellen. Die Scherbenhaufen ihrer Belastungspolitik überlassen sie ihren Nachfolgern.

Belastung auf allen Ebenen Bundesregierung, Lanin der Betreuung von Menschen

Bundesregierung, Landesregierung und nicht zuletzt die Stadt Graz – Sie haben nur eines im Sinn: Belastung der Menschen mit kleinen Einkommen. Das soll gegen die Bankenkrise helfen?

Schon im Frühjahr haben Zehntausende gegen diese Politik protestiert. LAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): Pflegeregress, Kindergartengebühren, gestrichene Leistungen in der Betreuung von Menschen, ständig steigende Gebühren für Wasser, Müll, öffentlichen Verkehr sowie die rasante Teuerung bei Lebensmitteln führen dazu, dass sich viele Menschen das tägliche Leben nicht

das tägliche Leben nicht mehr leisten können.

Andreas Exner von der Plattform solidarischgsund.org: *Die in den Sozial- und Gesundheitseinrichtun-* gen Tätigen haben es in der Hand zu streiken.

Und sie müssen es tun, wollen sie politisch ernst genommen werden.



MINDESTSICHERUNG: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach! SERVICE TELEFON 0316 / 875 5101

http://www.mindestsicherungsrechner.at







Besuch im Tröpferlbad Heißes Bad für wenig G

Für 1,09 € kann man im Tröpferlbad beim Augarten eine halbe Stunde baden, Handtuch und Flüssigseife inklusive. Vielen der älteren Semester unter uns ist das Tröpferlbad noch aus früheren Zeiten ein Begriff, wo ganze Familien zur wöchentlichen Ganzkörperreinigung hinpilgerten, weil es in der heimatlichen Wohnung keine Dusche gab.

Familiärer Treffpunkt

Eine, die das Tröpferlbad noch von früher kennt, ist Elke Kahr. "Bis zu meinem 16. Lebensjahr besuchte ich mit meinen Eltern jeden Samstag das Tröpferlbad. Das war unser allwöchentlicher Familienausflug", erinnert sich Kahr. "Während meine Mutter ein Brausebad nahm, bevorzugte ich ein entspannendes Wannenbad. Zum Glück war man nicht allzu streng, wenn ich, was manchmal passierte, die Zeit überzog", berichtet die heutige Wohnungsstadträtin augenzwinkernd.

Das städtische Volksbad diente einst nicht nur der Körperhygiene. Es war für die meisten ein sozialer Treffpunkt. Man hielt sich meist länger dort auf als zur Körperpflege notwendig. "Viele brachten ihre Jause und

Getränke in Thermoskannen mit, und dann blieb man noch sitzen und unterhielt sich", weiß Kahr.



Heute ist das Tröpferlbad am Augarten das letzte verbliebene städtische "Volksbad" in Graz. Als soziale Einrichtung der besonderen Art bietet das Tröpferlbad nach wie vor für einige die einzige Möglichkeit, für wenig Geld in den Genuss eines warmen Bades oder einer Dusche zu gelangen.

Wer durch die Eingangstüre tritt, wird gleich von wohliger Wärme empfangen - sowie von einem freundlichen Gesicht. Letzteres gehört Frau Ingrid Hasiba. "Etwa 200 Leute sind es, die monatlich zu uns kommen", erzählt Frau Hasiba, Mädchen für alles und gute Seele im Tröpferlbad. Sie ist dafür zuständig, die günstigen Tarife von 1,09 € pro Wannenbad bzw. 87 Cent fürs Duschen einzuheben, sie sorgt für Sauberkeit und Ordnung im und rund ums Tröpferlbad, stellt - falls erforderlich - ein Handtuch zur Verfügung und lässt auf Wunsch sogar die Wanne mit warmem Wasser ein. "Die Arbeit hier macht mir Spaß", sagt Frau Hasiba, die an Öffnungstagen bereits um 9.00 Uhr morgens ihren Dienst antritt. "Für viele ist es auch wichtig, dass hier eine familiäre Atmosphäre herrscht

und sie eine persönliche Ansprache haben".



Das Tröpferlbad beim Augarten

Das Tröpferlbad in der Friedrichgasse 41 wurde 1905 errichtet. 1996 wurde das Gebäude umgebaut und das Tröpferlbad zog eine Etage tiefer, während im Erdgeschoß das Museum der Wahrnehmung eingerichtet wurde.

Vier Duschen – eine davon behindertengerecht adaptiert – und drei Badewannen bilden die Wasch-Infrastruktur. Zu Staus kommt es kaum, weiß Frau Hasiba. Und wenn am Samstag einmal etwas mehr los ist, kann man auch heute noch zwischenzeitlich im kleinen Aufenthaltsraum Platz nehmen. Ein Lift sorgt dafür, dass Menschen mit Behinderung die wenigen Stufen zum Eingang ohne Schwierigkeiten überwinden können.

Das Tröpferlbad ist mittwochs bis freitags zwischen 9.00 und 17.00 Uhr sowie an Samstagen von 9.00 bis 16.00 Uhr geöffnet. Telefonisch kann man das Tröpferlbad zu den Öffnungszeiten unter der Nummer 0316 /830881 erreichen.

Wichtige Einrichtung

Das Tröpferlbad lebt also, und es ist eine wichtige Einrichtung, die im Interesse der Grazerinnen und Grazer auch in Zukunft erhalten bleiben soll!



Frau Hasiba -die Seele des Grazer Tröpferlbades.



VERANSTALTUNGEN

http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bestellungen: KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a Tel. (0316) 22 59 31

Alle Veranstaltungen, soweit nicht anders angegeben im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.



Christian Masser bestreitet sein traditionelles Weihnachtskonzert im Volkshaus erstmals mit seiner Bluesband (Gerhard Steinrück - Kontrabass, Guido Ladinig - Schlagzeug, Hans Felber - Gesang und Mundharmonika). Der Auftritt wird mitgeschnitten, der Saal soll mit Chicago- und Mississippi-Blues-Klängen zum Beben gebracht werden. Außerdem stellt Christian Masser Nummern aus seiner aktuellen Johnny Cash-CD, 15 Country Songs" vor. Eintritt 12.- / 10.-

[VOLKSBEGEHREN]

Armutsfreies Österreich

Mit diesem Volksbegehren sollen Maßnahmen zu einem gerechteren Umgang mit Menschen, die Schulden haben, durchgesetzt werden.



Ausstellung: Der Zingerl an der Waage



Kunst als Kritik: Malerei, Zeichnungen und Karikaturen aus dem Werk von Guido Zingerl Zu sehen ist die Schau bis einschließlich 15. Dezember von Dienstag bis Freitag (jeweils 9 bis 15 Uhr).



Do, 15. Dezember 2011, 19 h Ludwig Laher liest aus:

Verfahren

Jelena, eine Kosovo-Serbin, wird in ihrer Heimat wiederholt Opfer von Gewalt. Schwer traumatisiert, hofft

die junge Frau nach zwei Selbstmordversuchen auf einen Neuanfang in Österreich. Dort aber gerät sie in die Mühlen eines unmenschlichen AsylrechtsAsylrechts-Verfahrens. Ludwig Laher erzählt die Geschichte Jelenas als aufwühlenden Roman, in dessen Mittelpunkt das Justizwesen steht. Ludwig Laher, geboren 1955 in Linz, liest aus seinem Roman

Raus aus der EU!

SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!





Demo gegen Studiengebühren in Graz

ehr als 200 Studierende protestierten am 9. November in Graz gegen Studiengebühren. Anlass war der Besuch von Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle bei einer Diskussion im Café Sacher.

Das Thema Studiengebühren wurde in den letzten Wochen wieder aktuell. Die neueste Idee des Wissenschaftsministers: Die Unis selbst sollen den Studierenden bis zu 1000 Euro jährlich abknöpfen. Mehr als 200 Studierende versammelten sich zu einer Demonstration.

die, vom Karmeliterplatz ausgehend, vor dem Café Sacher in minutenlangen Sprechchören gipfelte. "Wir sind hier und wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut", schallte es durch die Herrengasse: "Studiengebühren? Nicht mit uns!" Nach der offiziellen Auflösung der Demonstration blieb ein Großteil der Teilnehmer noch vor Ort. Eifrig wurden weitere Aktionen besprochen. "Endlich tut sich wieder etwas", meinte eine Studentin. "Beim nächsten Mal werden wir noch mehr sein!"

Stadt Graz: Einstimmig für Kabarettarchiv

ie Stadt Graz wird sich gemeinsam mit Land und Bund darum bemühen, damit die kulturell und wissenschaftlich einmalige Einrichtung "Österreichisches Kabarettar-

chiv" in der steirischen Landeshauptstadt abgesichert wird.

Der Grazer Gemeinderat beschloss einstimmig einen diesbezüglichen Dringlichkeitsan-



trag von KPÖ-Mandatar Mag. Andreas Fabisch: "Diese Willensäußerung der Stadt ist sehr wichtig. Die Zeit drängt. Die derzeitigen Räumlichkeiten des Archivs stehen nur noch bis Ende Dezember zur Verfügung.

Es wäre eine Schande für die Kulturhauptstadt Graz, einzigartige Sammlungen in andere Städte ziehen zu lassen oder sogar ihre Auflösung zu riskieren."

In memoriam Väterchen Franz

Am 16. November verstarb der Hier ist mein Testament zu Ende. Dichter und Sänger Franz Josef Degenhardt knapp vor seinem 80igsten Geburtstag. Auch in Graz ist er mit seinem Auftritten bei den Roten Jugendwochen noch in guter Erinnerung.

feiert ein schönes Leichenfest. Gleich ob ihr mich nun zur Legende macht oder ob ihr mich vergesst. Ich bin dann längst im Land der Toten, wo ich nun wirklich nichts mehr brauch. Wo längst die meisten von uns ruhen, irgendwann kommt ihr dann ja auch.



Bibliothek des KPÖ Bildungsvereins im Volkshaus Graz

Die Bibliothek ist am Montag (außer Feiertag) 15 – 18 Uhr für alle zugänglich. Sie besteht aus 7.000 Büchern, Zeitschriften und audiovisuellen Medien. Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand.

Bücher können für 14 Tage ausgeliehen werden.

Kontakt: annette.kravanja@kpoe-steiermark.at; 0650/914 89 59 bernd.mugele@kpoe-steiermark.at; 0664/73 64 64 17 http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at, Menüpunkt Bibliothek

BUCHTIPPS

Angekommen: Krise & Proteste in der Steiermark

Längst hat der Kampf um die Verteilung der Krisenlasten Europa erreicht. Von Athen bis Madrid richten sich die Proteste der Benachteiligten gegen die Schuldendiktatur von EU und IWF und die Ungleichverteilung gesellschaftlichen Reichtums. Und Österreich? Auch hier sind Krise und Proteste angekommen. In der Steiermark sollte sich dies in den Haushaltsplänen der Landesregierung und dem dagegen einsetzenden Widerstand ausdrücken.

Die in diesem Band versammelten Beiträge, Interviews und Stellungnahmen dokumentieren die Geschichte dieses Protests. Und sie zeigen Handlungsmöglichkeiten auf; Spielräume im politischen Prozess, die da und dort innerhalb des Systems,

letztlich jedoch nur in dessen Überwindung erfolgreich sein können.

Herausgegeben von Leo Kühberger und Samuel Stuhlpfarrer

Forum Stadtpark Verlag / Graz / 2011. ISBN: 978-3-901109-33-1, 102 Seiten,

Erhältlich im Bildungsverein der KPÖ Steiermark. Tel. 0316/712959



"Campingbus, nie!" – Das Buch zeigt in Portaits und Bildern, wie die Krise Lebensperspektiven verändert und zerstört.

Samuel Stuhlpfarrer/Martin Behr (Hg.), Campingbus, nie! Portraits, Positionen, Perspektiven zur Krise. ISBN: 978-3-902542-22-9, CLIO 2011 19 Euro. Erhältlich im Buchhandel und via verlag@clio-graz.net

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlicher

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Wohnen an der Busspur

SPÖ, FPÖ und KPÖ stellen sich auf die Seite der verzweifelten Bewohner der autofreien Siedlung "Wohnen im Park" und Kalvariengürtel 50. Jetzt bleibt noch die Hoffnung, dass auch Vizebürgermeisterin Rücker die Größe hat, von dem etwa 1 Million Euro teuren Projekt, das niemand haben will (die Siedlungen sind bereits bestens an den öffentlichen Verkehr angebunden), Abschied zu nehmen.

Brigitte Eibisberger 8020

Respekt

Hunderte betroffene Familien in den GWS-Siedlungen Kalvariengürtel 48 und 50 sowie in der autofreien Multikulti-Siedlung "Wohnen im Park" würden sich ein wenig Respekt von der Nagl/Rücker-Koalition wünschen:

Sie alle möchten ihre Kinder in einer möglichst lärm- und abgasfreien Umgebung aufwachsen sehen. Die Gesundheit wird darunter leiden, wenn der Traum der Grazer Grünen von einer Bustrasse mitten durch die Siedlungen mit Hilfe der ÖVP verwirklicht wird. 20 Stunden nonstop sollen dann täglich von der Hauptverkehrsstraße umgeleitete Busse an ihren Vorgärten, Spielplätzen und Wohnungsfenstern vorbeidonnern. Und das, obwohl die Siedlungen bereits bestens an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden sind. Das ist rücksichtslose "Drüberfahrpolitik" auf unser aller Kosten.

Konstantinos Avdoulas, 8020

Rücksichtslos

Ich hoffe, dass die Vertreter sämtlicher politischer Parteien dieser rücksichtslosen Politik der Vizebürgermeisterin einen Riegel vorschieben und sich hinter die besorgten Familien in den Wohnsiedlungen stellen, die zu Recht um ihre Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität besorgt sind!

Maria Riedl

Wohnbeihilfe jedes Jahr geringer

Ich bin Jahrgang 1944 und lebe als Bezieher einer Invalidenrente nach einem schweren Unfall seit 2003 in einer Seniorenwohnung. Damals wurden mir 105 Euro Wohnbeihilfe gewährt, vom Sozialamt bekam die Wohnbaugenossenschaft monatlich einen Zuschuss von 18,23 Euro. Damals kostete die Miete 299 Euro ohne Heizung. Mit der Einführung der "Wohnbeihilfe neu" bekam ich dann 167,76 Euro. Seither wird der Betrag bei jeder Pensionsanpassung immer weniger, außerdem wird mir ein "zumutbarer Wohnungsaufwand" in der Höhe von derzeit 33,87 Euro abgezogen.

Seit 1. November 2011 werden nun auch die Zuschüsse für die Betriebskosten halbiert, wodurch ich nur noch 102 Euro Wohnbeihilfe monatlich bekomme. Weniger als im Jahr 2003! Das ist unsozial und unverständlich, es sind sehr viele Pensionisten betroffen. Allein in meinem Wohnhaus sind drei Personen mit Tränen in den Augen zu mir gekommen. Ich habe mit einem Federstrich - nachdem 35,07 Euro im Monat zusätzlich an "zumutbarem Aufwand" abgezogen werden - 420 Euro im Jahr weniger. Eigentlich wollte ich mein Wohnzimmer ausmalen lassen, das muss ich jetzt auf unbestimmte Zeit verschieben.

2004 wurden mir von meiner Heimatgemeinde übrigens 33 Euro Essenszuschuss monatlich über die Volkshilfe überwiesen. 2005 wurde diese Hilfe ersatzlos gestrichen. Diese Kürzungen müssen der Öffentlichkeit und auch dem Herren Soziallandesrat Schrittwieser bekannt gemacht werden! Wie sollen die Menschen noch überleben und ihre teuren Mieten bezahlen?

(Name der Red. bekannt)



Weihnachtsflohmarkt vom 26.11. bis 17.12.2011

Passepartoutkartons und Bilderrahmen in vielen Farben und Größen ab 1.- Euro.

Müllentsorgung

Beinahe alle Altstoffsammelbehälter sind einige Tage nach der Leerung bereits wieder überfüllt. Mein Vorschlag wäre, die Zahl der Sammelbehälter zu erhöhen; ein häufigeres Entleeren würde die Kosten der Entsorgung erhöhen. Bei Altgläsern ist das Leerungsintervall zu kurz. Martin Kummer

Strand am Mühlgang

Ich finde die Idee, einen Strandplatz in der Mitte der Stadt einzurichten, gar nicht gut! Ein "Strand" hat in der Mitte des dicht besiedelten Gebiets nichts verloren! Ein Stadtblatt Leser

Nächste Bankenhilfe

Die Banken in Österreich schulden uns Steuerzahler/innen seit der Bankenhilfe über neun Milliarden Euro. In der Ersten Bank stecken 1,225, in der Raiffeisen Zentralbank 1,75 Milliarden. Die BAWAG bekam 550 Mio. und der Rest steckt in der Kommunalkredit und der Hypo-Alpe-Adria. Die Hypo ist sowieso ein Fass ohne Boden. Weitere Abschreibungen um die 5 Milliarden Euro stehen bevor.

Die Banken haben nichts aus der Vergangenheit gelernt. Obwohl weiterhin Verluste gemacht werden, kassieren die Manager dicke Bonuszahlungen. Die EURegierung und unsere SPÖ/ÖVP Regierung sehen diesem Treiben tatenlos zu.

Auch die Ansage von ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter klingt wie eine Drohung. 6 Milliarden Euro stehen schon bereit für eine weitere Bankenhilfe. Ich fordere Frau Ministerin Fekter auf, die Hilfe für unsere Banken und die EU-Pleitestaaten einzustellen! Und diese Milliarden für die Armutsbekämpfung in Österreich zu verwenden, da 2 Mio. Menschen hier an der Armutsschwelle leben, darunter um die 400.000 Kinder und Jugendliche. Karl Halmann

Was zählt der Mensch?

Natürlich ist es wichtig, bei Bauvorhaben wie beim geplanten Murkraftwerk in Puntigam den Schutz gefährdeter Tierarten hervorzuheben. Auf der anderen Seite ist es aber sehr traurig, dass anscheinend nur eine seltene Fauna und Flora im Stande ist, die Menschen vor Ort zu schützen. Was eine Lärmbelastung von über 100 Dezibel und tausende LKW-Fahrten während einer mehrjährigen Bauzeit für die Anrainer bedeutet, scheint in den Augen der ESTAG keine Rolle zu spielen. Die sich's leisten können, werden sowieso wegziehen, der Rest ist es schon gewohnt, dass ihre Anliegen nichts zählen. Noch gehört der Mensch nicht zu einer aussterbenden Gattung, die menschliche Betrachtungsweise bei Bauvorhaben allerdings schon.

Bernhard Reischl, Trattenweg

Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61

E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisie-

rung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



KLEINANZEIGEN

Fahrräder

Suche alten **VW-Bus** (für den Hausbau ev. Campingbus), günstig zu kaufen, Tel. 0650 / 65 41 500.

21jähriger Mann sucht **Arbeit im Raum Graz – Gleisdorf – Weiz** (abgeschlossene Lehre als Einzelhandelskaufmann) Tel. 0664 / 89 49 389.

Sängerin sucht Anschluss an einer Band (Rock, Pop, Jazz) im Raum Graz oder Umgebung, Tel. 0650 / 65 41 500.

Wer schenkt mir Sachen für den **Flohmarkt** (diverser Hausrat, Elektrogeräte, Sportartikel, Bücher, etc.) nichts wegwerfen, ich komme es abholen (Raum Graz und Umgebung) Tel. 0664 299 21 75.

Zu verkaufen:

KIA Cerato CRD, Bj. 2005, blau, Erstbesitz, Tel. 0699/1976 8600.

Ein maßangefertigter **Trachtenanzug** (Kniehose Leder, grüner Wolljanker, Gilet und rot kariertes Hemd und dazupassende Hosenträger) für schlanken Herrn zu verkaufen. Tel. 0316 /71 24 29.

PKW-Anhänger (Rohgerüst mit Deichsel und Radkästen, ohne Achse) zum Fertigbauen um € 30,-. **Dirt Devil Magnum Staubsauger**, neuwertig, 2500 Watt, beutellos, um € 35,- NP € 99,-Tel. 0650 / 65 41 500.

Eislaufschuhe in Größen 29-36, 38, 39, 41 je € 10,-Größe 43 um € 7,-.

Verstellbare **Eislaufschuhe** um € 20,- Größen 30-35 Tel.0650 65 41 500 Schi 150cm (Carver) um € 40,-; Schi 80cm (keine Carver) mit Schischuhe 30/31 um € 30,-; Ski 185cm (keine Carver aber neuwertiger Zustand) um € 20,-; eine Reithose Gr. 38 dunkelblau mit Top um € 10,-; Tel. 0650/65 41 500.

Ikea-Kasten "Sniglar" (Buchengestell mit Stoffbezug) neuwertig um € 15,-, zwei Ikea Küchenstühle (Buche mit weißem Stoffbezug) neuwertig um € 20,- Tel. 0650 / 65 41 500.

Suche Stelle im Büro, Verwaltung oder Ordination, langjährige Büroerfahrung und sehr gute EDV-Kenntnisse vorhanden. Tel. 0699/1453 8228.



Yamaha XT 350, Baujahr 91, hervorragender Zustand, Pickerl, Service. VB 1.800 Euro. Tel. 0664/924 17 67.



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteigruppe der KPÖ Steiermark, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

JETZT AKTIV WERDEN. "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", sagen wir von der Kommunistischen Jugend, Verändern können wir aber nur gemeinsam etwas: Ohne dich sind wir also eine/r zu wenig! Alle Infos, Kontakt und Mitmachen: www.kjoe.at KJO WIDERSTAND.

Wer verschenkt

Möbel und Haushaltswaren, wie Geschirr, Bett, Kleiderschrank, Herd, Gläser, Mikrowelle, Toaster, Staubsauger, Lampen, Couchtisch, Sofa, Fön, Handtücher...?

VEREIN OMEGA

Tel. 0316 / 7735 5411 Dienstag nachmittags oder Donnerstag vormittags, Frau Pahlevan

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinzeige: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316 / 71 62 91 stadtblatt@kpoe-graz.at

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn.

Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28. • Vereinsmitgliedschaft gratis.

Tiere suchen ein Zuhause



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12. http://www.landestierschutzverein.at



Whisky ist ein Rattenbock, wurde ausgesetzt in einer Schachtel auf Acker gefunden.



Lilo ist eine weibliche kastr. Katze geb. 2009, sehr verschmuste liebenswerte Katze.



Suki und Aruscha sind zwei Albino-Kaninchen-Geschwister, weiblich, geb. Aug. 2011.



Leon, Meerschweinchenbock, kastr., wurde in einem Keller ausgesetzt gefunden, braucht Gesellschaft.



Mausi ist eine weibliche kastr. Katze geb. 2007, braucht Freigang und Steicheleinheiten.



Flocke ist ein Golden-Retriever-Mischling, geb. 2009, braucht einen Garten. Wie ein großer Teddybär, sehr lieb.



TIERECKE

Luna ist eine 8 Monate alte Jagdterrier-Hündin, an Kenner, sehr freundlich.



Lulamy ist eine Katze, getigert und weiß, weiblich steril., Besitzer hatte zu viele Katzen.

Der Krampus ist keine Percht

Schon Wochen vor dem Krampustag toben sich wilde Gestalten auf unseren Straßen aus. Der Tourismus macht dabei alte Bräuche unkenntlich. Zwischen Perchten und Krampussen gibt es nämlich große Unterschiede.

Der Krampus ist im (ost)alpenländischen Adventsbrauchtum sowie in Ungarn, Slowenien, Tschechien, Teilen des außeralpinen Norditalien und Teilen Kroatiens eine Schreckgestalt in Begleitung des Heiligen Nikolaus.

Der Krampusbrauch war ursprünglich im ganzen Habsburgerreich und angrenzenden Gebieten verbreitet und wurde dann in der Zeit der Inquisition verboten, da es bei Todesstrafe niemandem erlaubt war, sich als teuflische Gestalt zu verkleiden. Jedoch wurde dieser Winterbrauch in manchen schwer zugänglichen Orten weitergeführt.

Während der Nikolaus die braven Kinder beschenkt, werden die unartigen vom Krampus bestraft.

Der Name leitet sich von mittelhochdeutsch "Krampen" (Kralle) oder bairisch "Krampn" (etwas Lebloses, Vertrocknetes, Verblühtes oder Verdorrtes).

Im bayerischen Alpenvorland und im österreichischen Salzkammergut ist der Krampus



Gar lieblich ist des Krampus`Rute, verglichen mit der Spekulanten Knute!

eher unter der Bezeichnung "Kramperl" geläufig.

Der Krampus ähnelt in seinem Aussehen dem Teufel ebenso wie mystischen und Tiergestalten, wie sie sich als Schiachperchten im alpenländischen Brauchtum finden. Im Unterschied zu diesen, die in den Rauhnächten laufen, gehören die Krampusse ausschließlich zum Adventbrauchtum.

Krampustag ist der 5. Dezember, während das Fest des Heiligen Nikolaus auf den 6. Dezember (Nikolotag) fällt; üblicherweise erscheinen aber beide Gestalten gemeinsam am Abend des 5. Dezembers.

(Quelle: Wikipedia)

Der Rotsohler kommt

Auf der Hohen Veitsch liegt schweres Gewölk, über Rotsohl jagt kalter Sturmwind, wirft sich ins Tal, pfeift um die Häuser und rüttelt an den Fenstern, dass die Kinder in der Stube sich um den warmen Ofen drängen und vom "Rotzula" erzählen, der nicht mehrlange ausbleiben kann.

Es ist der alte Krampus, auf den sie sich schon freuen und den sie doch auch fürchten, denn schließlich nehmen sie Mutters Drohung vom Rotzula, der sie holen wird, wenn sie nicht brav folgen, doch sehr ernst.

Eine gefährliche Zeit jetzt, im Spätherbst! Im Sommer freilich ist man sicher vor ihm, da ist ja die Sennerin oben auf der Rotsohl und hat den sich unbändig Gebärdenden an einer Kette hinter der Sennhütte angehängt, und wenn er gar zu sehr tobt und daran reißt und schon hinunter will ins Tal, da gibt sie ihm eine Schüssel Milch und er kommt wieder zur Ruhe.

Ist aber der Herbst gekommen und nimmt die Sennerin Abschied von der Alm, so gibt sie ihm noch das letzte Schüsserl Milch; dann aber hat der Rotsohler keine Ruhe mehr. Er wird ganz toll und reißt so lange an der Kette, bis er frei ist und stürmt ins Tal, ein Schrecken für alle schlimmen Kinder.



